

W o c h e n b l a t t

für

Wilsdruf, Tharand, Rossen, Siebenlehn und die Umgegenden.

8. Jahrgang.

Sonnabend, den 11. November 1848.

No. 64.

Verantwortlicher Redacteur und Verleger: Albert Reinhold.

Von dieser Zeitschrift erscheint Mittwochs und Sonnabends eine Nummer. Der Preis für den Vierteljahrgang beträgt 10 Ngr., für welchen dieselbe von der Redaction in Wilsdruf, den Agenturen in Tharand, Rossen, und Siebenlehn, sowie der Buchdruckerei von C. E. Altknecht und Sohn in Meißen bezogen werden kann. Auch nehmen dieselben Bekanntmachungen aller Art zur Beförderung an.
Die Redaction.

Der Rechenschaftsbericht des Reichstagsabgeordneten Bürgermstr. Tzschucke über das Wirken der Nationalversammlung zu Frankfurt a. M., gegeben am 9. October d. J. im Saale der Restauration bei Wilsdruf.

(Beschluß.)

Adv. Frißsche, dieser Aufforderung nachkommend, bezeichnet als einen interessanten Punkt den „Passus über die künftige Verfassung Deutschlands.“ es fehle aber darin eine Bestimmung, die nämlich, über die Wahl des Präsidenten und die Berechtigung zu derselben. Auch frage er beim geehrten Abgeordneten an, ob man sich bereits mit Plänen über die Mediatisirung der kleinen Fürsten beschäftigt habe?

Der Abgeordnete entgegnet, man habe die Wahl des Präsidenten durch Oesterreich, Preußen und Baiern, während die übrigen Staaten ihre Stimmen abwechselnd mit dazu zu geben haben, in Vorschlag gebracht, der aber nicht eben die besondere Zustimmung der Nationalversammlung gefunden. Mit der Mediatisirungsfrage der kleinen Fürsten habe man sich in der Paulskirche nicht befaßt, weil dies innere Verfassungssache sei, die den einzelnen Staaten überlassen bleiben müsse. Uebrigens sei man nicht für die Gründung zu großer Staaten, weshalb man sich auch gegen die aufgetauchte Ansicht, alle Fürsten sollten abdanken, damit Deutschland nur von einer einzigen Regierung beherrscht werde, unter Hinweisung auf Frankreich, wo ein Aufstand der Provinzen gegen Paris in Aussicht stehe, ausgesprochen.

Adv. Frißsche fragt ferner an, ob nicht Hoffnung für baldige Aufhebung des Belagerungszustandes in Frankfurt vorhanden sei?

Der Abgeordnete Tzschucke erwidert, die Linke sei aus allen Kräften bemüht gewesen, den Belagerungszustand, über welchen die Gesetzgebungen keine Bestimmungen enthielten, aufzuheben. Wahrscheinlich werde dieser Zustand mit dem heutigen Tage, an welchem das Gesetz wegen der persönlichen Sicherstellung der Abgeordneten berathen und voraussichtlich angenommen worden, seine Endschafft erreichen oder bereits erreicht haben. Uebrigens habe der Belagerungszustand zu keinen Belästigungen Anlaß gegeben, weil fortwährend die größte Ruhe geherrscht.

Hierauf richtet Bürgermeister Gruner aus Tharand an den Abgeordneten die Frage, ob in Frank-

furt auch die materiellen Interessen Deutschlands, wie z. B. der Anschluß Oesterreichs an den preussischen Zollverband, die Beseitigung der Zollgrenzen, zur Berathung gekommen?

Tzschucke erwidert, der volkswirthschaftliche Ausschuß habe in ununterbrochenen Sitzungen über diese und ähnliche Angelegenheiten berathen und es seien an die verschiedenen Regierungen Anträge gestellt worden. Nur Hamburg, Lübeck und Bremen haben an diesen Berathungen keinen Theil genommen. Jede Branche habe einen besondern Referenten und das Material, das gerade hier vorliege, sei ein überaus reichhaltiges. Das Reichsministerium wolle nun die sämtlichen Vorlagen zuvor prüfen und dann an die Nationalversammlung abgeben.

Die Frage der Amtsactuarien Seudtner und Eras von Rossen, warum die Linke sich nicht entschieden gegen den Aufstand vom 18. Septbr. ausgesprochen, beantwortet der Abgeordnete dahin, daß die Geschäftsordnung es einer Partei nicht gestatte, dem ganzen Hause gegenüber eine Billigung oder Mißbilligung im Sinne des Anfragers auszusprechen, daß aber der Club des deutschen Hofes in einer besondern Ansprache an das deutsche Volk seine Mißbilligung über jene Unruhen noch besonders zu erkennen geben werde.

Ebenso erklärt der Abgeordnete auf die Frage derselben Amtsactuarien, ob es wahr sei, daß die Linke austreten und ein neues Parlament gründen wolle, entschieden mit nein.

Adv. Frißsche knüpft an die Dislocirungen der deutschen Truppen trübe Befürchtungen, weil die Einheitsbestrebungen Deutschlands mit soldatischen Maßregeln anfangen. Im Jahre 1830 habe man bereits Ursache gehabt, sich ähnlichen Besorgnissen hinzugeben. Wenn die Nationalversammlung beschloßen habe, daß es den einzelnen Staaten frei stehe, auf gesetzlichem Wege ihre Regierungsform sich selbst zu schaffen, so entstehe die Frage, ob nicht der angebliche Zweck, die Aufrechthaltung der Ruhe, aus dem Auge gelassen und das Militair gegen die Frei-